

## **Bargeld bleibt! FPÖ warnt vor Digitalisierungsangriff auf unsere Freiheit**

Alexander Petschnig von der FPÖ kritisiert die geplante Kartenzahlungspflicht in Deutschland als Angriff auf die Freiheit und fordert das Recht auf Barzahlung.



**Mörbisch, Österreich** - Am 7. April 2025 äußerte sich Alexander Petschnig, der Sprecher für Geld- und Währungspolitik der FPÖ, kritisch zu den jüngsten Plänen von CDU und SPD in Deutschland, eine Pflicht zur Kartenzahlung einzuführen. Diese Maßnahmen sieht Petschnig als einen direkten Angriff auf die Freiheit der Bürger, da sie Unternehmen dazu zwingen würden, mindestens eine elektronische Zahlungsmöglichkeit anzubieten. „Dies ist ein Schritt zu einem finanziell gläsernen Bürger“, erklärte er und warnte davor, dass solche Regelungen zu einer Totalüberwachung durch elektronische Zahlungssysteme führen könnten, wie **OTS**

berichtet.

Die Diskussion um Bargeld und elektronische Zahlungsmethoden ist nicht neu, jedoch hat sie durch die geplanten Maßnahmen an Dringlichkeit gewonnen. Petschnig fordert ein verfassungsrechtlich abgesichertes Recht auf Barzahlung und verweist auf die Seefestspiele in Mörbisch, wo Bargeld nicht akzeptiert wurde. Diese Entwicklung bezeichnet er als gefährlich für die Bürgerfreiheit. Weiterhin betont Petschnig, dass Bargeld eine symbolische Bedeutung für Freiheit und Unabhängigkeit hat, während er eine gesetzliche Absicherung gegen staatlichen Zugriff auf das Alltagsleben fordert.

## **Bargeld vs. elektronische Zahlungen**

Die Diskussion um Bargeld wird von verschiedenen Perspektiven betrachtet. Während Petschnig und andere Bargeldbefürworter die Freiheit und Privatsphäre durch Barzahlung verteidigen, argumentieren Kritiker, dass Bargeld lästig ist und Platz in der Brieftasche einnimmt. In diesem Zusammenhang betont die **Süddeutsche**, dass EC- und Kreditkarten praktische Alternativen darstellen, die vor allem in den USA selbst für kleine Beträge gängig sind.

Dennoch sagt die Geschichte Deutschlands, insbesondere die Erfahrungen während der Hyperinflation der Weimarer Republik, viel über den Wert von Bargeld aus. Kritiker der Bargeldverbotdebatte argumentieren, dass das Verbot größerer Bargeldtransaktionen nicht tatsächlich zur Bekämpfung von Kriminalität beiträgt. Sie veranstalten einen Appell für den Erhalt von Bargeld als „gelebte Freiheit“. Unter den Gegnern des Bargeldes finden sich auch Politiker, die eine Obergrenze für Bargeschäfte fordern, während die Bundesregierung erwägt, ein Bargeld-Limit von 5000 Euro einzuführen.

## **Die Rolle der Banken und Zentralbanken**

Ein weiterer Aspekt der Debatte sind die Interessen der Banken.

Sie profitieren von bargeldlosen Transaktionen, da diese effizienter und wirtschaftlicher sind. Es wird auch über mögliche zukünftige Maßnahmen diskutiert, wie zum Beispiel die Einführung von Strafzinsen durch Notenbanken, die Bürger dazu drängen sollen, ihr Geld auszugeben. Laut den **EU** könnte dies in weiteren Diskussionen zur Bargeldproblematik eine Rolle spielen. Petschnig bleibt jedoch fest davon überzeugt, dass das Bargeld ein unverzichtbarer Bestandteil der finanziellen Freiheit der Bürger ist.

Insgesamt steht die Gesellschaft vor einer Herausforderung, die das Gleichgewicht zwischen dem Gebrauch moderner Zahlungsmethoden und dem Erhalt von Freiheiten, die Bargeld bietet, bestimmen wird. Ob sich die Argumente von Befürwortern und Gegnern durchsetzen können, bleibt abzuwarten.

Details	
<b>Ort</b>	Mörbisch, Österreich
<b>Quellen</b>	<ul style="list-style-type: none"><li>• <a href="http://www.ots.at">www.ots.at</a></li><li>• <a href="http://www.sueddeutsche.de">www.sueddeutsche.de</a></li><li>• <a href="http://www.ecb.europa.eu">www.ecb.europa.eu</a></li></ul>

**Besuchen Sie uns auf: [die-nachrichten.at](http://die-nachrichten.at)**